

Integrationskurse und Sicherheitsmaßnahmen: Neuerungen im Bundeshaushalt 2025

Sprach- und Integrationskurse für Zuwanderer stehen auf dem Prüfstand in Berlin. Budget für 2025 halbiert, Fokus auf innere Sicherheit. Afghanistan-Programm wird eingestellt. Welche Auswirkungen könnte dies haben?

Neue Herausforderungen für Sprach- und Integrationskurse

In Zeiten des Wandels werden auch die Sprach- und Integrationskurse für Zuwanderer auf den Prüfstand gestellt. Die Regierung in Berlin plant, die bisher eingeplanten Mittel drastisch zu kürzen - von 1,1 Milliarden Euro auf 500 Millionen Euro im kommenden Jahr. Ein Schritt, der vor dem Hintergrund rückläufiger Migrationen getätigt wird und die Finanzierung dieser wichtigen Kurse deutlich beeinträchtigen wird.

Diese Entscheidung hat auch Auswirkungen auf die inneren Sicherheitsmaßnahmen im kommenden Haushalt des Bundesinnenministeriums. Ministerin Nancy Faeser betont die Priorität der Sicherheit und kündigt einen „Sicherheitshaushalt“ an. Angesichts des Sparzwangs im Haushalt wird die Sicherheit verstärkt in den Fokus gerückt.

Neue Finanzierungsquellen?

Die Berliner Regierung hofft jedoch zusätzliche finanzielle Unterstützung von der EU-Kommission zu erhalten. Besonders Deutschland, Polen und Tschechien haben eine große Anzahl

von Ukraine-Flüchtlingen aufgenommen. Diese Unterstützung könnte die finanzielle Lücke der gekürzten Mittel für die Sprach- und Integrationskurse zumindest teilweise ausgleichen.

Ein allgemeiner Integrationskurs umfasst sechs Sprachkursabschnitte und einen Orientierungsteil mit insgesamt 700 Unterrichtsstunden. Diese Kurse sind wesentlich zur erfolgreichen Integration von Zuwanderern in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt.

Veränderungen im Bundeshaushalt

Der Etat des Bundesinnenministeriums für das kommende Jahr sieht insgesamt 13,75 Milliarden Euro vor, im Vergleich zu 13,34 Milliarden Euro im laufenden Jahr. Ein Großteil dieser Budgeterhöhung fließt in die Sicherheitsbehörden. Die Bundespolizei erhält 417 Millionen Euro mehr, das Bundeskriminalamt 115 Millionen mehr und das Bundesamt für Katastrophenschutz etwa 72 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

Auslaufen des Afghanistan-Programms

Ein bedeutender Schritt ist das geplante Auslaufen des Bundesaufnahmeprogramms für besonders gefährdete Afghaninnen und Afghanen. Neue Zulassungen sind nicht vorgesehen, und das Programm wird nicht weitergeführt. Personen, die bereits Zusagen haben und außerhalb Afghanistans sind, dürfen jedoch noch nach Deutschland kommen. Dieses Programm war eine wichtige Unterstützung für Personen, die in Afghanistan besonders gefährdet waren aufgrund ihres Engagements für Frauenrechte und Menschenrechte in verschiedenen Bereichen.

Die Entscheidungen, die im kommenden Haushalt getroffen werden, haben weitreichende Auswirkungen auf die Integration von Zuwanderern und die inneren Sicherheitsmaßnahmen. Es bleibt abzuwarten, wie die Kürzungen bei den Sprach- und Integrationskursen sich auf die Gesellschaft auswirken werden

und ob alternative Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden können, um diese wichtigen Programme aufrechtzuerhalten.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de